

# EuroAirport-Betriebszeiten geschützt

Baselbieter Regierung beschliesst Eigentümerstrategie zum Flughafen *BqZ 28.3.18*

Von Thomas Dähler

**Liestal.** Die Baselbieter Regierung schützt das heutige Flugregime am EuroAirport – und beantwortet die Resolution des Allschwiler Parlaments gegen den Fluglärm abschlägig. Sie hat für den Flughafen Basel-Mulhouse eine Eigentümerstrategie verabschiedet, welche die Weiterentwicklung des EuroAirports ins Zentrum stellt und als vorrangiges Ziel den Ausbau der Konkurrenzfähigkeit im wirtschaftlichen Wettbewerb verfolgt. In der Antwort an den Einwohnerrat Allschwil lehnt die Regierung die geforderte Nachtflugsperrung ab 22 Uhr ab.

Vielleicht war es ungeschickt, dass der Einwohnerrat der grössten Baselbieter Gemeinde gleich ein Start- und Landeverbot für Flüge über dem Gemeindegebiet ab 22 Uhr forderte. Es ist dem Regierungsrat offensichtlich leichtgefallen, abschlägig zu antworten. Dies sei mit der ebenfalls geforderten fairen Verteilung nicht vereinbar, heisst es. Die heutigen Betriebs Einschränkungen zwischen 24 und 5 Uhr für Landungen und bis 6 Uhr für Starts dienen bereits dem Schutz der Bevölkerung.

## Schutzverbände übergangen

Indirekt erteilt die Regierung damit auch den Forderungen der Schutzverbände und des Landrats eine Abfuhr. Sie sind vergeblich schon mehrmals für eine Verlängerung des Flugverkehrsverbots auf neu 23 bis 6 Uhr ein-

getreten. In der Eigentümerstrategie, welche die Baselbieter Regierung dem Landrat zur Kenntnisnahme unterbreitet, heisst es nun, der Fluglärmbelastung sei «insbesondere in den Nachtstunden (22 bis 6 Uhr) gebührend Rechnung zu tragen», gefolgt von weiteren, moderaten Anweisungen: Der Verkehr sei «möglichst umweltverträglich abzuwickeln», die flughafennahen Gemeinden seien «so wenig wie möglich» zu beeinträchtigen, und die Umweltmissionen dürften weniger wachsen als die verkehrsseitige und wirtschaftliche Entwicklung des Flughafens.

Die von der Regierung verabschiedete Eigentümerstrategie ist formell eine Folge des neuen Public-Corporate-Governance-Gesetzes, das dem Landrat als Oberaufsichtsbehörde die Pflicht auferlegt, von einer solchen Bestimmung Kenntnis zu nehmen. Für die Baselbieter Vertreter im Verwaltungsrat des Flughafens Basel-Mulhouse ist die Strategie verpflichtend. Getreu seiner bisherigen Politik ist für die Regierung die wirtschaftliche Bedeutung des Flughafens zentral.

Als erste strategische Ziele nennt die Regierung «Erhalt und Weiterentwicklung des gut funktionierenden Flughafens»: «Der EuroAirport stellt seine Konkurrenzfähigkeit sicher und baut diese aus. Er agiert sicherheitsbewusst, wirtschaftlich und bedarfsgerecht auf den Wettbewerb.» Weiter soll der Status als schweizerischer Landesflughafen gefestigt werden. Und:

«Die Interessen des Wirtschaftsstandortes und der Bevölkerung des Kantons Basel-Landschaft werden berücksichtigt.» Als wirtschaftliches Ziel wird zudem die Selbstständigkeit des Flughafens gefordert. Dieser solle die Werthaltigkeit seines Vermögens sowie die Kapital- und Kreditmarktfähigkeit aus eigener Kraft sichern – keine Mitfinanzierung durch den Kanton.

## Für drei Verwaltungsräte

Im heutigen Verwaltungsrat des EuroAirports hat der Kanton Baselland Anrecht auf zwei Vertreter. Zurzeit sind dies Raymond Cron, der Vizepräsident ist, sowie Thomas Kübler, kantonaler Standortförderer. Die Regierung schreibt in der Eigentümerstrategie, dass drei Sitze angestrebt würden. Damit wird auch einer Forderung des Landrats entsprochen. Dieser möchte weiter, dass wieder ein Regierungsmitglied im Verwaltungsrat Einsitz nimmt – um im Vergleich zu Basel-Stadt und den französischen Vertretern nicht rangtiefer mitzureden.

Im Antwortschreiben an den Einwohnerrat von Allschwil verteidigt die Regierung zudem nicht nur die Flugzeiten, sondern auch die Abflugrouten. Die französische Zivilluftfahrtbehörde überprüfe das Verfahren stetig und berücksichtige dabei auch die technische Entwicklung. Es werde heute präziser geflogen und dank der geringeren Streuung der Routen der Fluglärm laufend reduziert. Eine Änderung würde nur andere Gebiete mehr belasten.